

Leuthard erteilt Region eine Absage

Weniger Züge auf der SBB-Juralinie seien kaum zu verhindern, stellt die Bundesrätin klar

Von Daniel Ballmer

Liestal/Bern. «Eigentlich ist Bundesrätin Doris Leuthard kaum auf meine Fragen eingegangen», stellt der Baselbieter SP-Ständerat Claude Janiak fest. Immerhin aber hatte die Verkehrsministerin gestern in der Ständeratsdebatte anerkannt, dass die Region Basel eine Verschlechterung im Bahnverkehr zu erwarten hat. Mit 18 weiteren Bundesparlamentariern hatte Janiak die Landesregierung angefragt, warum der längst beschlossene Doppelspurusbau der Juralinie nie realisiert wurde und auch in künftigen Paketen zur Bahnfinanzierung nicht enthalten sei. Denn nur so könnte die bevorstehende Verschlechterung der ÖV-Attraktivität zumindest gemindert werden.

Hintergrund: Ab Ende 2015 wird der Bahnknoten Lausanne während zehn Jahren umgebaut. Und die Auswirkungen des Projekts Léman 2030 reichen bis nach Basel. Die direkte Zugverbindung, die Basel alle zwei Stunden über das Laufental und Delsberg mit Genf verbindet, wird eingestellt. Also eine langjährige Unterbrechung der direkten Verbindungen zwischen der zweit- und der drittgrössten Stadt der Schweiz. Zudem werden die Abfahrtszeiten des ICN Basel-Biel-Lausanne um 30 Minuten verschoben. Und das bleibt für die Busfahrpläne ab Laufen wie auch für die Linie Laufen-Basel nicht ohne Folgen: Die Fahrgäste verlieren viele direkte Anschlüsse. Der Landrat sowie die Baselbieter Verwaltung befürchten deshalb, dass viele Pendler aufs Auto umsteigen werden.

Bundesrätin Leuthard wollte gestern im Ständerat von einem Infrastrukturausbau, der einen ÖV-Abbau verhin-



Auf später vertröstet. Bundesrätin Leuthard lehnt einen vorgezogenen Ausbau der Juralinie ab. Foto Keystone



Claude Janiak.

der könnte, nichts wissen. Mit den von den Nordwestschweizer Kantonen verlangten Ausbauten im Laufental würde ein Teil eines Angebots vorgezogen, das «erst in einem späteren Horizont» beim Ausbau der Bahninfrastruktur geplant sei. Die Finanzierung zusätzlicher Infrastrukturmassnahmen im Laufental sei über die laufenden und durch das Parlament verabschiedeten Programme nicht möglich.

Mehrfach versuchte Janiak darauf hinzuweisen, dass es hier nicht um einen Ausbau gehe, sondern einzig und allein darum, dass eine Angebotsverschlechterung verhindert werden soll. «Dass wir bis nach der Bauphase 2025 vertröstet werden sollen, ist gelinde gesagt eine Zumutung», sagte Janiak. Der Bund könne nicht davon ausgehen, dass die betroffenen Kantone einen Doppelspurusbau allein vorfinanzieren. Der Bundesrat müsse hier seine Haltung klar überdenken.

Enttäuschung und Unverständnis

Unterstützung erhielt Janiak von SP-Ständerat Claude Héche aus dem Kanton Jura sowie von Anita Fetz. Auch die Basler SP-Ständerätin sprach von «Enttäuschung und totem Unverständnis» über den drohenden ÖV-Abbau. Für die Region Basel handle es sich hier um eine sehr wichtige Verbindung, die für Jahre verschlechtert werden soll. Es bestehe Handlungsbedarf, stellte Fetz klar. Schliesslich solle Basel für die Schweiz auch weiterhin ein wichtiger Wirtschaftsmotor sein, damit die Region auch künftig Gelder in den nationalen Finanzausgleich zahlen könne, winkte sie heftig mit dem Zaunpfahl in Richtung der anderen Ständesvertreter.

Doris Leuthard zeigte sich von den Voten unbeeindruckt. Der Bahnknoten Lausanne müsse ausgebaut werden und das habe nun einmal weitreichende Auswirkungen auf das Schweizer Schienennetz. Zumindest aber wies die Verkehrsministerin darauf hin, dass nun gleich drei Arbeitsgruppen nach Lösungen suchten, die Angebote zu optimieren und die Einschränkungen möglichst gering zu halten. «Garantien können wir aber keine abgeben», betonte Leuthard. Die Situation werde nun analysiert. Das weitere Vorgehen sei dann festzulegen. «Langfristig aber ist ein solcher Abbau im Laufental nicht akzeptabel», meinte auch die Bundesrätin.



Basel-Genf ab 2015 eingestellt. Da die Bahnlinie nach Biel zum Teil einspurig ist, leiden die Verbindungen während der Bauarbeiten in Lausanne. Foto Daniel Desborough

Nachrichten

Knabe von Bagger erfasst und verletzt

Maisprach. Ein siebenjähriger Knabe wurde am Dienstag gegen 17.30 Uhr bei einem Unfall mit einem Kleinbagger am Lindenweg in Maisprach verletzt. Er hatte mit anderen Kindern hinter einer Hausecke beim Sportplatz gespielt, wie die Polizei mitteilt. Als ein Kleinbagger auf die Hausecke zufuhr, machte der Knabe einen Sprung, geriet in den Hebearm des Baggers und wurde nach vorn geworfen. Der verletzte Knabe wurde mit einem Helikopter der Rettungsflugwacht in ein Spital geflogen.

Kind überquert Strasse, Velofahrer stürzt

Buus. Ein fünfjähriger Knabe überquerte am Dienstag um 15.30 Uhr die Zuzgerstrasse in Buus und übersah dabei einen 66-jährigen Velofahrer. Dieser stürzte zu Boden und erlitt trotz eines Schutzhelms diverse Verletzungen, wie die Polizei Baselland mitteilt. Er wurde ins Spital eingeliefert. Das Kind wurde nach ersten Erkenntnissen nicht verletzt, aber zur Kontrolle in eine Klinik gebracht.

Alkoholisierter Velofahrer bei Kollision verletzt

Reinach. Ein 65-jähriger Velofahrer kollidierte am Dienstag kurz nach 17 Uhr auf der General-Guisan-Strasse in Reinach bei der Verzweigung Römergasse mit einem vortrittsberechtigten Auto. Der Velofahrer stürzte und zog sich Kopfverletzungen zu, wie die Polizei mitteilt. Er wurde von der Sanität ins Spital gebracht. Der Atemalkoholtest ergab beim Velofahrer einen Wert von 1,42 Promille.

Autolenker prallt auf stehenden Wagen

Bubendorf. Ein 19-jähriger Autolenker bemerkte am Dienstag um 16.15 Uhr auf der Hauptstrasse in Bubendorf zu spät, dass zwei Fahrzeuge vor ihm stillstanden, damit eine Fussgängerin die Strasse überqueren konnte. Das Auto prallte gegen das Heck des vor ihm stehenden Wagens und dieser wurde in das vorderste Auto geschoben. Die 51-jährige Lenkerin des mittleren Autos erlitt Verletzungen und wurde ins Spital eingeliefert, wie die Polizei mitteilt.

Auffahrunfall auf der Autobahn

Itingen. Auf der A2 prallte gestern gegen 12.30 Uhr ein 28-jähriger Autolenker auf einen Lieferwagen. Dessen Lenker hatte angehalten, weil bei einem vorausfahrenden Auto die Ladung vom Dach auf die Fahrbahn beim Rastplatz Sonnenberg gefallen war. Der 28-Jährige wurde verletzt und ins Spital verbracht. Der Überholstreifen im Arisdorf-tunnel musste zeitweise gesperrt werden, sodass es zu Verkehrsbehinderungen kam.

Standorte von Defibrillatoren erfasst

Liestal. Die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) Baselland will die Standorte der öffentlich zugänglichen Defibrillatoren in der Region erfassen. Mit diesen Geräten können Laien bei Herzstillstand eine Wiederbelebung einleiten. Um die Erste Hilfe bei Herznotfällen zu verbessern, sollen öffentliche Standorte von Defibrillatoren gemeldet werden. Wer von einem Gerät weiss, kann prüfen, ob es schon erfasst worden ist. Die Standorte werden von der VGD überprüft. In einem zweiten Schritt will sie diese mit einer elektronischen Kartendarstellung besser auffindbar machen. Meldungen an: defibrillatoren.bl.ch

Glückwunsch

100. Geburtstag

Muttenz. Ihren 100. Geburtstag darf heute **Rosa Kobi-Tschudin** feiern. Wir wünschen ihr einen freudigen Tag und alles Gute. gratulationen@baz.ch

Nicole Thüring tritt ihr Amt an

Regierung gewährt Ausnahme

Lausen. Nicole Thüring kann ihr Amt als Gemeinderätin von Lausen definitiv übernehmen. Dies teilte die Gemeinde in ihrem jüngsten Amtsanzeiger mit. Nicole Thüring wurde Anfang Mai in stiller Wahl gewählt, als Nachfolgerin von Corinne Schaub. Gegen diese Wahl aber wurde Einsprache erhoben mit der Begründung, die Ämter einer Schulleiterin und einer Gemeinderätin seien nicht vereinbar. Der Beschwerde kam aufschiebende Wirkung zu, sodass Nicole Thüring ihr Amt als Gemeinderätin nicht per 1. Juli 2013 antreten konnte.

Ende August hiess der Baselbieter Regierungsrat die Beschwerde teilweise gut. Er bestätigte die Unvereinbarkeit der beiden Tätigkeiten von Nicole Thüring, erlaubte ihr aber ausnahmsweise, beide Funktionen bis Ende Juli 2014 auszuüben. Verbunden war diese Bewilligung mit der Auflage, dass sie im Gemeinderat nicht für das Departement Schule zuständig ist und in der Schulleitung der Primarschule Lausen keine Aufgaben übernimmt, die den Aufgabenbereich des Gemeinderats berühren. Nicole Thüring übernimmt jetzt von ihrer Vorgängerin das Departement Soziales und Gesundheit, und auf Ende Schuljahr will sie die Schulleitung verlassen. pdm

Oberwil will eigene Sicherheitskräfte

Gemeindeversammlung beschliesst Einführung einer Ortspolizei

Von Michel Ecklin

Oberwil. Um das neue Baselbieter Polizeigesetz wird heftig gestritten. Die Gemeindepolizeien wehren sich gegen die Absicht des Kantons, die Wahrung der Sicherheit allein der Kantonspolizei aufzuerlegen. Denn dann bliebe für die Gemeindepolizeien nur noch die Wahrung von Ruhe und Ordnung, dies dafür 24 Stunden am Tag. Das erfordere teure Pikettdienste, die sich kleine Gemeinden nicht leisten könnten. Der Polizeiverband der Baselland-Gemeinden fordert deshalb von der Regierung eine Aufgabenteilung, hinter der alle Polizeioorgane im Kanton stehen können.

Derzeit ist also noch unklar, welche Aufgaben Gemeindepolizeien in Zukunft übernehmen sollen und dürfen. Trotzdem schlug der Oberwiler Gemeinderat der Gemeindeversammlung vor, eine Gemeindepolizei einzuführen. Gemeindepräsidentin Lotti Stokar erklärte, der Einkauf von Sicherheitsdienstleistungen bei der Kantonspolizei in den vergangenen zehn Jahren sei zwar eine günstige Lösung gewesen. «Aber wir haben immer wieder die Erfahrung gemacht, dass die Kantonspolizei wichtigere Aufgaben hatte als unsere Sicherheit in Oberwil», sagte sie. Man habe nie gewusst, ob der für Ober-

wil zuständige Polizist auch wirklich zur Verfügung stehe. Und man habe zusätzlich zu den Leistungen der Kantonspolizei private Sicherheitsleute und Verkehrskontrolleure engagiert. «Mit einer Ortspolizei haben wir Leute vor Ort, die lokal vernetzt sind und sich hier auskennen.»

Vorgesehen seien zwei Polizisten, die man gemäss den Prioritäten des Gemeinderats einsetzen könne. Bisher habe die Kantonspolizei zum Beispiel Verkehrskontrollen nur dann durchgeführt, wenn sie gerade Zeit gehabt habe.

FDP will auf Gesetz warten

Gegen eine eigene Gemeindepolizei hatte im Grundsatz keiner der rund 80 Stimmbürger im Saal etwas einzuwenden. Die FDP wollte aber lieber abwarten, welche Aufgabenteilung das neue Polizeigesetz vorsehe. «Die Reihenfolge ist falsch», sagte ein Freisinniger. «Wir sollten nicht vorausnehmen, was der Landrat noch bestimmen wird.»

Stokar, die selber im Landrat sitzt, sah darin keinen Grund, auf eine eigene Polizei zu verzichten. Denn man könne davon ausgehen, dass auch nach der Gesetzesrevision Gemeindepolizeien Aufgaben zu übernehmen hätten. «Eine Einheitspolizei, wie das andere Kantone kennen, wird es im Baselbiet sicher

nicht geben», ist sie überzeugt. Gleichzeitig sei nicht klar, ob mit dem revidierten Gesetz die Kantonspolizei weiterhin bereit sei, ihre Dienstleistungen an die Gemeinden zu verkaufen, wie sie das mit Oberwil tue.

Stokar hielt es zudem für sinnvoll, eigene Sicherheitskräfte zu haben, um eine Zusammenarbeit mit anderen Polizeien im Leimental anzustreben. Das ist nämlich das Ziel des Gemeinderats. Derzeit arbeitet zum Beispiel Therwil mit Reinach zusammen.

Die Freisinnigen, aber auch Teile der Gemeindekommission wollten erst wissen, mit welchen Strukturen die Zusammenarbeit geschehen solle. Erst dann solle man eine Dorfpolizei einführen. «Das ist jetzt die Frage nach dem Huhn und nach dem Ei», entgegnete Stokar. «Entweder verhandeln wir zuerst, oder wir schaffen eine eigene Polizei.» Sie plädierte für Letzteres. «Solange wir keine eigenen Polizisten haben, sind wir kein vollwertiger Partner für andere Gemeinden. So kann man keine Zusammenarbeit aufgleisen.»

Die Bedenken, die Gemeindepolizei komme zu früh, konnte die grosse Mehrheit der Gemeindeversammlung nicht überzeugen. Mit 52 zu 19 Stimmen entschied sie sich für die Vorlage des Gemeinderats.